



Peter Rohland, Bernd Hallenberg

Das neue Leitbild in der Verbandsarbeit des vhw

Das Handlungskonzept für den Weg zur verantwortungsteiligen Stadtgesellschaft



In der Neufassung seiner Satzung von 2008 hat der vhw das Leitbild der Bürgergesellschaft und dessen Verankerung in der wissenschaftlichen Tätigkeit und Bildungsförderung festgeschrieben. Auf dieser Basis wurde in der Folgezeit ein Handlungskonzept mit dem Ziel entwickelt, das neue Leitbild für die Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts zusammen mit ihren Akteuren in der Praxis zu erschließen. Nachfolgend soll ein Überblick über Hintergründe, Akteure, Handlungskonzept und Umsetzung den Rahmen der Verbandsarbeit des vhw in den kommenden Jahren abstecken.

A. Die Herausforderung: Veränderte Rolle des Staates

Dass sich der Staat mit seinen politischen Institutionen in einem grundlegenden Wandlungsprozess befindet, steht außer Frage. Die Ursachen sind vielfältig. Unabhängig davon,

- ob diese auf Internationalisierungsprozesse wie Globalisierung, Internationalisierung der Finanzmärkte oder fortschreitende Integration Europas zurückzuführen sind
- oder man mit der These über den „Sozialstaat in der Krise“ verdeutlicht, dass der Staat im Laufe seiner Entwicklung mehr Aufgaben übernommen hat, als er mit den ihm verfügbaren Ressourcen nachhaltig ernsthaft erfüllen kann,

ist ein Befund unbestritten: Alle Entwicklungen reduzieren die Rolle des Staates in Gegenwart und Zukunft.

B. Das Verantwortungsprinzip: Grundlage für das Leitbild Bürgergesellschaft

Der Wandel der Staatsaufgaben und der damit zusammenhängende Umbau des politischen Systems wurden von einer auffälligen Karriere des Verantwortungsbegriffs begleitet. Das Verantwortungsprinzip steht im Zentrum der derzeitigen staatsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Diskussion und dient dazu, das gewandelte Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft zu charakterisieren. Es ermöglicht einerseits die Inpflichtnahme staatlicher Akteure, andererseits lässt es genügend Spielraum für neue Formen der öffentlich-privaten Aufgabenorganisation und des Zusammenwirkens von Staat

und Gesellschaft. Die zentrale Aufgabe besteht nun darin, die theoretischen Eckpunkte dieses Prinzips in ein längerfristig tragfähiges Politik- und Gesellschaftsmodell zu überführen.

In diesem Aufgabenprofil erhalten Fragen gesellschaftlicher Transparenz, Möglichkeiten der tatsächlichen Wahrnehmung von Partizipation der Bürger sowie das Maß der Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und für die Gestaltung der Gesellschaft einen neuen Stellenwert. Die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft und einer individualisierten Gesellschaft führt zum gesellschaftlichen Leitbild der Bürgergesellschaft. Dieses Leitbild strebt eine Neujustierung des Verhältnisses von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Bürger an. Die Diskussion um Bürgergesellschaft ist zugleich Ausdruck der Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik und ein Versuch, gesellschaftliche Kontrolle über staatliches Handeln zurückzugewinnen. Der aktive Bürger übernimmt Gemeinwohlverantwortung auf unterschiedlichen Feldern. Er möchte aber dafür in höherem Maße die Entscheidungsfindung mit beeinflussen. Der Bürger verlangt als Gemeinwohltakteur eine Staatsorganisation, die Partizipation, Effizienz und Effektivität von Politik und Verwaltung sichert.

Der Gewährleistungsstaat – regulatives Gegenstück zur Bürgergesellschaft

Mit dem Rückzug des Staates aus seiner hoheitlichen Aufgabenerfüllung wurde zur Charakterisierung des veränderten Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in Abkehr vom bishe-



rigen Leitbild des „Versorgungsstaates“ das Leitbild des „Gewährleistungsstaates“ entwickelt.

Auch im neuen Modell der Bürgergesellschaft bleibt der Staat als Problemlöser gefordert. Seine Verantwortung geht jedoch von einer „Erfüllungsverantwortung“ in diejenige einer „Gewährleistungsverantwortung“ über. Die Gewährleistungsverantwortung als staatliche Infrastrukturverantwortung unterscheidet sich von der herkömmlichen Erfüllungsverantwortung dadurch, dass sie nicht direkt in die gesellschaftlichen Prozesse eingreift und Leistungen zur Daseinsnotwendigkeit erbringt, sondern durch die Bereitstellung erforderlicher Infrastrukturen und Regelwerke dafür sorgt, dass eine ausreichende Grundversorgung gewährleistet ist und die Sicherung des Individual- und Gemeinwohls garantiert wird.

Der Gewährleistungsstaat bedient sich eines Konzepts der Verantwortungsteilung und -stufung, das der Vielzahl von Gemeinwohllakteuren und der komplexen Organisation des Gemeinwohls gerecht zu werden versucht. Die Stufung der staatlichen Verantwortlichkeiten reicht von der herkömmlichen Erfüllungsverantwortung über die Bereitstellungsverantwortung, bei der rahmenrechtliche Ordnungsstrukturen für die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Kooperationspartnern gewährleistet werden, bis hin zur Auffangverantwortung, durch die Steuerungsdefizite korrigiert und Schadensverläufe kompensiert werden sollen.

C. Die Beteiligten: Bürger als Citizen – Zum Profil der Akteure im verantwortungsteiligen Gewährleistungsstaat

Der Gewährleistungsstaat beruht nicht auf hierarchischen Ordnungen, sondern setzt vielmehr heterarchische Netzwerke voraus. Damit rückt dieses Verantwortungsprinzip die akteurspezifische Perspektive in den Vordergrund. Hierbei geht es um die Arbeitsteilung und Kooperation von staatlichen, halbstaatlichen und privaten Akteuren, die in einem bestimmten Politikfeld tätig sind, und darum, dass jeder von ihnen seinen spezifischen Beitrag zur Erfüllung der öffentlichen Aufgabe leistet. In der Stadtentwicklung sind dies vor allem folgende Akteure:

- die Bürgerschaft/die Zivilgesellschaft,
- die Kommunalpolitik und -verwaltung,
- die Immobilienwirtschaft, in erster Linie Wohnungsunternehmen, und
- die Infrastrukturträger.

Es ist die „Philosophie“ dieses Leitbildes, die spezifischen Gemeinwohlkompetenzen dieser Akteure zusammenzuführen und füreinander fruchtbar zu machen. Der Gewährleistungsstaat zielt auf Koordination durch Struktursteuerung, indem er – im Unterschied zum Konzept des erfüllenden Interventionsstaats – darauf verzichtet, bestimmte Gemeinwohlziele und den Weg zu ihrer Verwirklichung detailliert vorzuschreiben.

Idee und Funktionslogik des Gewährleistungsstaates setzen eine Governance-Kultur der Akteure voraus. Der Staat ist auf autonome Verantwortungskompetenzen der Akteure, mit denen er kooperiert, angewiesen. Durch diese Kompetenz obliegt es den Akteuren, bei anstehenden Problemen eigenständige Lösungen zu finden und sich an ausgehandelte Regeln zu halten. Dies soll unter anderem durch eine stärkere Umstellung der durch Fremdkontrolle geprägten Verwaltungskultur auf eine Kultur der „Eigenverantwortung“ geschehen.

Für die privaten Akteure, insbesondere für den Bürger, bedeutet das: Sie sind anders als im Versorgungs-/Sozialstaat nicht ausschließlich Konsumenten, sondern sie produzieren zugleich. Im Unterschied zum Konzept des „schlanken Staates“ erfüllen diese Doppelrolle aber nicht nur jene Bürger, die wegen ihrer wirtschaftlichen Ressourcen dazu a priori in der Lage sind, sondern all diejenigen, denen der Staat Orte, Ressourcen oder Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen muss, um aktiv handeln zu können. In diesem Konzept werden private Akteure als Bürgerinnen und Bürger somit im Sinne einer anspruchsvollen „Citizenship“ konstruiert.

Public Value erfordert den Bürger als Citizen:

Bei der grundsätzlichen Neugestaltung der Akteursbeziehungen liegt es nahe, auf das Konzept des Public Value zurückzugreifen, das den Bürger und seine Interessen zur Richtschnur und zum Bezugspunkt der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen macht. Der Bürger als Adressat von gemeinwohlorientierten Dienstleistungen ist darin immer auch als Citizen zu betrachten. Er ist in diesem Sinne von vornherein gleichberechtigt in die Entscheidungsfindung darüber einzubeziehen, welche Dienstleistung in welcher Form angeboten werden soll. Er definiert mit, was Public Value ist. Public Value steht somit in einem Prozess, bei dem ein Austarieren der Eigeninteressen des Bürgers, des öffentlichen und des prozeduralen Interesses im Vordergrund steht. Es geht in dieser dialogischen Bestimmung von Public Value nicht nur um Effektivität und Produktivität öffentlicher Dienstleistungen, sondern auch um partizipative Einflussnahme.

Zugleich erfordert – wie von Kocka beschrieben – die Rolle des Bürgers als Citizen vier Muster sozialer Denk- und Verhaltensweisen:

- Selbständigkeit und Selbstorganisation, nicht nur im individuellen Sinne, sondern auch als gemeinsam wahrgenommene Selbständigkeit etwa in genossenschaftlicher Form;
- Vielfalt und Differenz: Es handelt sich um Tätigkeiten im öffentlichen Raum, die sich auszeichnen durch Diskussion und den Austausch von Argumenten, auch durch Protest, Streit und Konflikt, aber immer verbunden mit der grundsätzlichen Anerkennung dessen, dass es stets

mehrere Positionen gibt. Zivilgesellschaft kommt im Plural daher;

- Friedliche, nicht gewaltgestützte Handlungsorientierungen und -formen: Zivilgesellschaftliches Handeln ist nicht notwendig konfliktfrei, aber stets der friedlichen Konfliktbearbeitung verpflichtet;
- Gemeinwohlüberschuss: Die Akteure besitzen die Bereitschaft, über ihren eigenen, interessengebundenen Tellerrand hinauszusehen und beziehen sich bei der Verfolgung ihrer Interessen, wie partikular diese auch sein mögen, auf etwas Allgemeineres, auf ein implizites Konzept allgemeinen Wohls. In diesem Sinne hat Zivilgesellschaft mit Gemeinsinn zu tun.

Der Umstand, dass in der Struktursteuerung des Gewährleistungsstaates eine entsprechende Institutionen-, Verwaltungs- und Governance-Kultur verankert sein muss, macht deutlich, dass nicht nur der Bürger in einer ganz anderen Dimension in die Wahrnehmung der Gemeinwohlaufgaben einbezogen werden muss als bisher. Auch die anderen Akteure in der Stadtentwicklung, wie Kommunen, Immobilienwirtschaft oder Infrastrukturtäger, finden sich in einer neuen Rolle wieder und müssen ihre bisherige von Partikularinteressen geleitete Handlungslogik überdenken und anpassen.



Abb. 1: Die neue Verantwortungsteilung im Handlungsfeld Stadtentwicklung: Vom klassischen Dreieck Politik, Verwaltung und (Wohnungs-)Wirtschaft zu einer Erweiterung des Kreises der Gemeinwohllakteure um den Part der Bürger

D. Das Handlungskonzept: Dialogprozess für den Weg zu einer verantwortungsteiligen Stadtgesellschaft

Der vhw hat es sich zur zentralen Aufgabe seines Handelns gemacht, den zur Umsetzung des Leitbildes erforderlichen Transformationsprozess anzustoßen, die Voraussetzungen für dessen erfolgreiche Durchführung zu schaffen und die Ergebnisse des Prozesses mit den Akteuren in neue tragfähige Regelungsstrukturen zu überführen. Zu diesem Zweck werden dialogische Verfahren zwischen den Akteuren vorbereitet, durchgeführt, ausgewertet und anschließend in tragfähige, neue Regelungsstrukturen überführt. Als Ergebnis dieses mehrstufigen Prozesses wird eine Stärkung der demokratischen Grundlagen der Gesellschaft und – wie im skizzierten Modell angelegt – eine Mehrung des Gemeinwohls erwartet, die allen Beteiligten in gesellschaftlicher und zusätzlich in öko-

nomischer Weise zugute kommt, also eine Win-win-Situation schafft.

Grundlagen und Voraussetzungen

- Am Anfang des Prozesses stehen die Bestandsaufnahme der Interessen und Handlungslogiken der beteiligten Akteure. Die Herstellung möglichst weitreichender Transparenz über Grundeinstellungen, handlungsleitende Faktoren und Ziele der Handlungsakteure ist nicht nur eine zentrale Voraussetzung für die Gestaltung des Dialogprozesses, sondern dient zugleich dem Ziel, erste Anstöße zum Überdenken der Rolle und des Selbstverständnisses der Akteure zu geben.
- Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Bürger, der in der Vergangenheit als „faktisches Objekt“ von Kommunalpolitik und Wohnangebotspolitik wahrgenommen und behandelt wurde. Der Rückgriff des vhw auf die Milieubzw. Lebensweltforschung hat die Möglichkeit geschaffen, Selbstverständnis sowie Einstellungs- und Verhaltensmuster der Bürger aus einer neuen und erweiterten Perspektive systematisch zu erschließen. Damit wurden auch die Defizite bisheriger Planung und Politik offengelegt, die den Bürger allenfalls als Konsumenten von „Stadt“ und „Wohnen“ begriffen hat und nicht etwa als „Koproduzenten“.
- Entsprechende Bestandsaufnahmen hat der vhw auch für die anderen Akteure eingeleitet oder bereits durchgeführt, etwa im Rahmen der auf die Wohnungswirtschaft zielenden Projekte „Corporate Social Responsibility“ (Selbstverständnis und Beitrag der Wohnungsunternehmen in der sozialen Stadtgesellschaft) oder „Transformation der Wohnangebotslandschaft“ (Marktverhalten der Akteure). Untersucht wird darüber hinaus das derzeitige Interessen- und Rollen- bzw. Selbstverständnis von Stadtplanern und Kommunalpolitikern.
- Aus diesen Bestandsaufnahmen sind grundsätzliche Anforderungen an die beteiligten Akteure abzuleiten, um die Dialogprozesse einleiten zu können. So müssen Kommunen und Wohnungswirtschaft die im Rahmen der Bestandsaufnahme ermittelten milieuspezifischen Wege der Kommunikation mit den Bürgern anwenden, um möglichst alle Gruppen für die Beteiligung am dialogischen Verfahren zu gewinnen. Ohne die aktive Mitwirkung der Stadtgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt würden Prozess und Ergebnis lückenhaft bleiben oder verfehlt werden. Umgekehrt ist von den Bürgern, denen vollkommen neue Voraussetzungen für eine aktive Teilhabe angeboten werden, zu erwarten, sich im wohlverstandenen, individuellen und Gemeinwohlinteresse entsprechend dem Prinzip der Eigenverantwortung in möglichst großer Zahl in die Dialogprozesse einzubringen.
- Vor Beginn des Dialogprozesses sind im Hinblick auf die inhaltlichen Ergebnisse und auf das Verfahren die Gestaltungsgrenzen abzustecken. Diese werden durch Grundrechtsnormen ebenso gesetzt wie durch verbindliche Politikziele. Dazu



zählen exemplarisch die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung sowie die soziale Grundausrichtung des Staatswesens.

- Ähnliches gilt für Fragen, welche die Festlegung dialog- bzw. mitwirkungsfähiger (Einzel-)Themen in den Bereichen Stadtentwicklung und Wohnen betreffen. Auch die Bestimmung der räumlichen Regelungsebene – Quartier, Stadt, Region – kann erst in der weiteren Projektarbeit sukzessive erschlossen werden.
- Wichtig ist, das Dialogprojekt anknüpfungsfähig zu konzipieren. Dazu gilt es, die Formen der Bürgerbeteiligung und die Instrumente zur Messung des Gemeinwohls mit den lokalen Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements, der kommunalen Verwaltung und der lokalen Wohnungswirtschaft zu verknüpfen. Die Initiierung eines *Public Value Managements* soll nachhaltig verfestigt werden und auf andere lokale Strukturen übertragbar sein.

Durchführung und Strukturierung des Dialogverfahrens

Die konkreten Verfahren werden im Rahmen von Modellprojekten getestet und umgesetzt. Zu diesem Zweck hat der vhw mitwirkungsbereite Kommunen und Unternehmen gewonnen und gemeinsam mit diesen entsprechende Untersuchungsquartiere und -themen, etwa den Stadtumbau, festgelegt. In dieses Agenda Setting soll künftig der Bürger als Citizen gleichberechtigt einbezogen werden. Um weitere inhaltliche Themen der Stadtgesellschaft für künftige Dialogverfahren vorzubereiten, bearbeitet der vhw zusätzliche Schwerpunktprojekte, die im Folgenden unter dem Punkt „D“ *Kernthemen der verantwortungsteiligen Stadtgesellschaft – Die begleitende inhaltliche Projektarbeit des vhw* kurz vorgestellt werden.

Der vhw strukturiert und moderiert die mehrstufigen Dialogprozesse im Rahmen der Modellprojekte. Im Fokus seiner Arbeit steht die „beobachtende Analyse“, die den Prozess kontinuierlich begleitet und daraus Erkenntnisse zur Einstellung der Akteure, ihren Austausch oder die inhaltliche Meinungsbildung ableiten will. Eines der zentralen Instrumente dabei ist das Bürgerpanel, in dem die betroffenen Bürger der Modellquartiere in verschiedenen Phasen des Verfahrens umfassend befragt werden. Dabei soll insbesondere die Einstellung zur und der Effekt der aktiven Teilhabe der Bürger am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess ermittelt werden. Zugleich sollen die Befragungsergebnisse genutzt werden, um das Ergebnis des Verfahrens für das Gemeinwohl messbar, bewertbar und vergleichbar machen zu können.

Den übrigen Akteuren bietet der vhw in diesem Rahmen ein *Leadership*-Programm an, das ein Bündel von Qualifikationsmaßnahmen umfasst, mit denen persönlich und institutionell alle Formen des breiteren Verantwortungsmanagements erlernt, erprobt und ausgetauscht werden können. Inhaltlich sind die Modellprojekte ergebnisoffen angelegt. Im Vordergrund steht die Steigerung der aktiven Teilhabe der Bürger und des konstruktiven Dialoges aller Akteure.

Evaluation und Realisierung der Ergebnisse

Am Ende der Dialogverfahren stehen zwei Ergebnis- bzw. Umsetzungsstränge:

- Der eine betrifft den prozedural-regulativen Bereich, das heißt die Schaffung tragfähiger, kommunaler Regelungsstrukturen (*new urban governance*) für eine verantwortungsteilige Stadtgesellschaft,
- der andere betrifft die Umsetzung der inhaltlichen, im Dialogverfahren auf Konsens- oder Kompromissbasis erarbeiteten Ergebnisse.

Die Teilnahme an den Dialogverfahren setzt die grundsätzliche Bereitschaft der Akteure voraus, sich auf eine spätere Neujustierung von Regelungsstrukturen einzulassen. Der folgende Dialog produziert bei allen Akteuren neue Erfahrungen hinsichtlich des innovativen Zusammenwirkens von Stadt, Wohnungswirtschaft und Bürgern bei der Lösung stadtentwicklungs- und wohnungspolitischer Fragen. Das Leadership-Programm flankiert und befördert diesen Prozess. Der vhw, die beteiligten Akteure und ein Kreis von Experten werden ihre eigenen Beobachtungen und die sich entwickelnde Sicht der Akteure zusammenfassend auswerten und daraus Vorschläge für kommunalspezifische und allgemein tragfähige Regelungsstrukturen (*urban governance*) ableiten. Die Belastbarkeit dieser Regelungskonzepte ist in weiteren Dialogverfahren unter unterschiedlichen Bedingungen und mit verschiedenen Themen zu testen und zu verfeinern.

Bereits die Durchführung der dialogischen Verfahren mit aktiv integrierten Bürgern schafft einen hohen Mehrwert für funktionsfähige, demokratische Stadtgesellschaften. Darüber hinaus gilt es jedoch auch, den möglichen materiellen Mehrwert der Ergebnisse dialogischer Planungs- und Gestaltungsprozesse zu evaluieren. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, dass die Bürger Prozessergebnisse, die durch ihre aktive Teilhabe zustande gekommen sind, besser akzeptieren und durch ihr konkretes Verhalten, etwa den Verbleib in ihrem Quartier, honorieren. Umgekehrt ermöglicht dies den Kommunen und Wohnungsunternehmen, erforderliche Mittel wesentlich „bürgergerechter“ und damit effektiver und effizienter einzusetzen.

Die Projekt-, Moderations- und Vernetzungsarbeit des vhw ist als dynamisch-modularer Prozess angelegt, welcher einer ständigen Erweiterung und Verfeinerung bedarf. Die Umsetzung der dialogischen Verfahren schafft ein stabiles, regulatives Basisgerüst, das den Einstieg in ein neues Rollenverständnis der Akteure und damit in eine substantielle Form der gleichberechtigten Verantwortungsteilung markiert.

D. Kernthemen der verantwortungsteiligen Stadtgesellschaft – Die begleitende inhaltliche Projektarbeit des vhw

Parallel zu den akteursorientierten Projekten, die den Dialogprozess ermöglichen sowie strukturierend und analysierend



begleiten, wendet sich der vhw den zentralen Aufgaben und Zukunftsthemen der verantwortungsteiligen Stadtgesellschaft zu. Bei allen Themen gilt es zunächst, Stand, Entwicklung und Fragestellung mit besonderem Fokus auf den Bürger zu erschließen, und zwar unter Nutzung des innovativen Instrumentariums der Milieuforschung. Diese stadtgesellschaftlichen Schwerpunktthemen können nach einer entsprechenden Vorbereitung, die auch das jeweilige Mitwirkungs- und Engagementpotenzial der Bürger einschließt, in dialogische Verfahren überführt werden.

Folgende Themen stehen in den kommenden Jahren im Vordergrund:

Migration und Integration

Im Handlungsfeld Migration und Integration ist ein neuer Ansatz erforderlich, eine Politik der sozialen Kohäsion. So sind die vhw-Studie „Migranten-Milieus“ und die darin beschriebenen Lebenswelten ein strategisches Handlungsinstrument, das bei aller Diversität strukturierte alltagsnahe Zugänge zu den Lebenswelten, Problemen, Wünschen und Ressourcen der Migranten bietet. Die Studie bildet den Auftakt zu einem Prozess zur Gestaltung einer alltagsnahen Integrationspolitik, die an den Ressourcen der Migranten ansetzt und sie als aktive Subjekte in Handlungskonzepte einbezieht. Sie ist ein Brückenkopf für einen solchen Zugang und eröffnet konkrete Handlungsoptionen für Integrationspolitik und Beteiligungsverfahren, für weiterführende lokale Erkenntnis- und Dialogprozesse. Der vhw bietet sich bei der Debatte um eine Politik der sozialen Kohäsion im Bereich Migration und Integration als Plattform an und wird den Dialog mit Experten, Migranten-Vertretern und Migranten-Organisationen suchen. Das gilt auch für die Konstitution der eigenen Verbandsorgane, in die Migranten im Zuge einer kulturellen Öffnung in Zukunft verstärkt eingebunden werden.

Bildung/Lernlandschaften

Der vhw will die Defizite bisheriger Bildungspolitik verbessern. Defizite sind neben der Reduzierung auf Schule und ihrer sozialen Selektivität vor allem das Unvermögen, räumlichen Entwicklungsstrategien Integrations- und Aufstiegsimpulse zu geben. Der vhw will hier durch ein an der Stadtentwicklung angelegtes Konzept von *educational governance* ansetzen, also mit Formen des dialogischen Verfahrens zwischen Ländern (Bildungshoheit), Kommunen (Liegenschafts- und Jugendhilfeträger), Unternehmen (als Wohnungs- und Arbeitsmarktpartner) und Bürgern (als Eltern, Betroffene, Freiwillige, Nachbarn). Das angestrebte Ergebnis ist eine Indikatorenliste von Erfolgsmodellen nachhaltiger Lernstrukturen.

Demografischer Wandel

Die umfangreichen Befunde zum demografischen Wandel sind unstrittig, der Prozess der Alterung der Gesellschaft ist unabwendbar. Gleichwohl greifen die bisherigen Instrumente, mit denen den Folgen dieser Entwicklung begegnet werden

soll, stets zu kurz. Ursache ist die mangelnde Berücksichtigung der qualitativen Aspekte dieses Wandlungsprozesses. Dies gilt, wie die Lebensweltforschung zeigt, in besonderem Maße für die künftigen Senioren und ihre veränderten Ansprüche und Bedarfe hinsichtlich Wohnen und Stadt. Der vhw wird dieses Thema entsprechend aufgreifen und eine differenzierende Betrachtung ermöglichen.

Nachhaltigkeit

Der vhw will die Defizite bisheriger kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien, vor allem unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und die mangelnde Berücksichtigung des Bürgers, in seiner Lebenswirklichkeit und seinen Einstellungen abbauen, und zwar mit Hilfe einer erweiterten, die Partizipation einschließenden Definition von „Nachhaltigkeit“ und den zielgerichteten Einsatz seines Instrumentariums. Damit soll den Akteuren eine neue Orientierungs- und Entscheidungsgrundlage für eine nachhaltige Klimaschutz- und Stadtentwicklungspolitik gegeben werden. Als Ergebnis ist zudem die Erstellung von raumscharfen Nachhaltigkeitsatlanten vorgesehen, in denen die gewonnenen Ergebnisse zusammengeführt und veranschaulicht werden. Somit wird den Akteuren eine neue Orientierungsbasis zur Verfügung stehen.

Ausblick

Die Stadtgesellschaften stehen vor vielfältigen Herausforderungen, die mit den hergebrachten Instrumenten und Regelungsstrukturen nicht zu bewältigen sein werden. Das Erfordernis einer erweiterten Berücksichtigung und Mitwirkung des Bürgers wird inzwischen zwar in jedem Strategiepapier von der Bundes- bis zur Kommunalebene formelhaft wiederholt, konkrete Schritte auf dem Weg zur Umsetzung bleiben jedoch aus.

Der vhw ist sich bewusst, dass das Schließen dieser entscheidenden Lücke einen langen Atem erfordert. Das Aufbrechen tradierter Regelungsstrukturen und Besitzstände, die Maßnahmen zur Veränderung des Selbstverständnisses der Beteiligten oder die Herstellung von Akzeptanz für dialogisch zustande gekommene Ergebnisse werden nicht ohne Konflikte und Rückschläge zu realisieren sein.

Gleichwohl ist dieser Prozess des Lernens, Umdenkens und gemeinsamen Hereinwachsens in ein neues Modell integrieren gesellschaftlichen Zusammenwirkens ohne Alternative. Am Ende werden alle Beteiligten durch die Festigung demokratischer Strukturen und eine Steigerung des Gemeinwohls belohnt werden. Allein diese Aussicht rechtfertigt den langen und steinigen Pfad, den der Verband eingeschlagen hat.

Peter Rohland
Hauptgeschäftsführer des vhw eV., Berlin

Bernd Hallenberg
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des vhw e.V., Berlin